

Fahrkartenpreise im GVH steigen ab dem 1. Januar nächsten Jahres

**REGION.** Zum Jahreswechsel steigen die Fahrkartenpreise im Großraumverkehr Hannover (GVH) um durchschnittlich sieben Prozent. Einzelkarten werden um 20 bis 30 Cent teurer und kosten dann 3,40 Euro für eine Zone, 4,30 Euro für zwei Zonen und 5,20 Euro für drei Zonen. Auch für Monatskarten sowie Gruppen- und Sammeltickets müssen die Kunden tiefer in die Tasche greifen. Auch im Sozialtarif gibt es Erhöhungen. Kinder zahlen hingegen unverändert für Einzelkarten 1,30 Euro und für Tageskarten 2,60 Euro für alle Zonen. Auch der Preis der Jugendnetzkarte bleibt stabil.

Der Preis des Deutschlandtickets bleibt bis Ende April bundesweit bei 49 Euro. Die weitere Finanzierung ab dem 1. Mai ist politisch noch nicht geklärt. Das Zusatzpaket „GVH plus für D-Ticket“ zur Mitnahme weiterer Personen im GVH-Gebiet ab 19 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen ganztägig wird von 4,90 auf 12,00 Euro pro Monat erhöht. Zusammen mit dem Deutschlandticket wurden auch eine Ausbildungsnetzkarte und neue Jobtickets eingeführt – sie sind weiterhin für 30,40 Euro pro Monat erhältlich. Wenn Unternehmen einen höheren Anteil übernehmen, können sie ihren Mitarbeitern das Jobticket auch günstiger oder sogar kostenlos anbieten. Die alten Jobtickets S und M laufen zum Jahresende aus. Kurzstrecken-, Einzel- und Tageskarten, die ab 1. Januar 2020 erworben worden sind, können über den 31. Dezember 2023 hinaus zur Fahrt im GVH genutzt werden. GVH-Monatskarten können entsprechend den tariflichen Bestimmungen bis zum Ablauf ihrer jeweiligen Gültigkeit ohne Zuzahlung weiter genutzt werden. Eine Monatskarte aus 2023 gilt maximal bis zum 30. Januar 2024.

Weitere Infos gibt es unter [www.gvh.de](http://www.gvh.de) und in der GVH-App.

Wildtiere leiden unter Silvesterfeuerwerk

Nabu hofft auf Böller-Verzicht zum Jahreswechsel

**REGION.** Feuerwerk gehört für viele Menschen zum Jahreswechsel dazu. Doch abseits von einer hohen Feinstaubbelastung und enormen Abfallmengen lassen die lauten Raketen und Böller das Stresslevel von Wildtieren wie Vögeln, Fledermäusen oder Rehen explosionsartig ansteigen. „Die Knallerei und die Lichtreflexionen lösen einen Fluchtreflex aus – danach brauchen die Tiere sehr lange, um wieder zur Ruhe zu kommen. Die Flucht kostet wertvolle Energie, die sie aber gerade in kalten Winternächten zum Überleben brauchen“, erklärt Frederik Eggers, Naturschutzreferent beim Nabu. Auf privates Feuerwerk könne verzichtet und die Silvesternacht naturverträglich und wildtierfreundlich gefeiert werden.

„Auch ohne ein privates Feuerwerk kann der Beginn des neuen Jahres gut gefeiert werden. Zentral organisierte Feuer-

werke oder Lichtshows beispielsweise würden durch die Konzentration auf einen bestimmten Ort Müll und Lärm erheblich reduzieren. Wildtiere hätten so die Möglichkeit, in die Umgebung auszuweichen“, so Frederik Eggers. Vor allem Vögel reagieren stark auf den Lärm an Silvester. Wasservögel wie Enten und Gänse fliehen in große Höhen von über 1.000 Metern, landen für lange Zeit nicht und kehren nur sehr zögerlich zu ihren Rast- und Schlafplätzen zurück. „Wenn Vögel in Schwärmen in großer Panik flüchten, ist die Gefahr einer Kollision mit Glasscheiben oder Stromleitungen sehr hoch. Wasservögel reagieren sogar noch in vier bis sieben Kilometern Entfernung mit Flucht auf ein Feuerwerk. Ein Feuerwerksverbot in der Nähe ihrer Rastplätze und insbesondere von Schutzgebieten sollte daher selbstverständlich sein“, betont

der Wildbiologe. „Auch in der Nähe von bekannten Fledermausquartieren sollte kein Feuerwerk gezündet werden, da die Tiere sonst im Winterschlaf gestört werden. Selbst öffentliche Grünanlagen und Gärten sind keine geeigneten Orte für Feuerwerk, denn auch dort können sich Schlafplätze von Vögeln, Fledermäusen oder anderen Wildtieren befinden. In Waldnähe sind Feuerwerke aufgrund der Brandgefahr auf jeden Fall zu unterlassen.“ In der sensiblen Brutzeit von März bis August fordert der Nabu, Feuerwerke grundsätzlich zu verbieten. „Feuerwerke während der Brutzeit können dazu führen, dass Vögel ihre Nester aufgeben und es keine Nachkommen gibt“, so der Naturschützer.

Neben den Auswirkungen auf die Tierwelt entstünden laut Umweltbundesamt jährlich rund 2.050 Tonnen gesundheitsge-

fährdender Feinstaub durch das Abbrennen von Feuerwerkskörpern, davon mehr als drei Viertel in der Silvesternacht. Dazu kommt jede Menge Müll. Dieser bleibt oft tagelang liegen und wird teils nie eingesammelt. Durch Regenfälle werden giftigen Rückstände ungefiltert in Bäche, Flüsse sowie ins Grundwasser geleitet, mit Folgen für Mensch und Natur.

Zum Schutz und Erhalt der Biodiversität gilt es aus Sicht des Nabu bisherige kulturelle Rituale zu hinterfragen und das Thema Feuerwerk am besten bundeseinheitlich zu regeln. Das die Mehrheit der Bevölkerung dies mittragen würde, zeigt eine aktuelle und repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa. Knapp 60 Prozent der Befragten sprechen sich entweder für ein generelles Verbot oder nur professionelles Feuerwerk aus.



### Anzeigenschluss

für die nächste Wochenendausgabe ist am Mittwoch, 16 Uhr

#### Kleinanzeigenannahme

☎ (0511) 973 66 35 oder 72 80 80

E-Mail:  
[service@wedemark-echo.de](mailto:service@wedemark-echo.de)  
[service@langenhagener-echo.de](mailto:service@langenhagener-echo.de)

Schutz vor Online-Betrug

Ministerin Miriam Staudte empfiehlt Fakeshop-Finder

**REGION.** Mit zunehmendem Online-Konsum steigt das Risiko, auf unseriöse Shops hereinzufallen. Ob Elektronik, Spielwaren, Mode oder Kosmetik – wer nach Produkten sucht, sollte vor der Bestellung immer prüfen, mit wem er es zu tun hat. Dabei hilft der kostenlose Fakeshop-Finder. Nach Eingabe der Internetadresse des Shops auf [www.verbraucherzentrale-niedersachsen.de/fakeshop-finder](http://www.verbraucherzentrale-niedersachsen.de/fakeshop-finder) wird die Website auf Merkmale von Fakeshops überprüft. Mit dem Ergebnis können Verbraucher einschätzen, ob sie von einem Einkauf besser absehen sollten.

Verbraucherschutzministerin Miriam Staudte: „Betrug ist ärgerlich, mit nur ein paar Klicks entsteht nicht selten ein hoher finanzieller Schaden. Der Fakeshop-Finder bietet schnell und unkompliziert Hilfe – das Tool ist ein gutes Angebot, um den Online-Betrug einzudämmen. So wer-

den Verbraucher wirkungsvoll geschützt.“

Petra Kristandt, Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale Niedersachsen, ergänzt: „Seit Jahren beobachten wir, dass Fakeshops immer professioneller werden. Ein Blick ins Impressum reicht oft nicht mehr aus, um sich vor Betrug zu schützen. Der Fakeshop-Finder schließt diese Lücke, indem er verschiedene Merkmale der Website überprüft. Das erleichtert es Verbrauchern, sicher online einzukaufen.“ Für den kostenlosen Check muss nur die Internetadresse des Shops eingegeben werden. Nach wenigen Sekunden erhalten Verbraucher eine Einschätzung. Pro Monat werden etwa 2.500 Fakeshops neu durch das Tool erkannt.

Basis des Fakeshop-Finders ist eine Domain-Datenbank, die mittels einer künstlichen Intelligenz stetig wächst. Wird eine

Internetadresse eingegeben, die noch nicht bekannt ist, wird die Website auf verschiedene Merkmale gescannt.

Dazu gehören neben Impressum und korrekter Umsatzsteuer-ID auch etwa technische Merkmale, die mit bloßem Auge nicht zu erkennen sind. Die daraus errechnete Wahrscheinlichkeit, ob es sich womöglich um einen unseriösen Anbieter handelt, gibt der Fakeshop-Finder in den Ampelfarben aus – ergänzt um Erklärungen zu den einzelnen Ergebnissen. Für Verbraucher ist so schnell erkennbar, ob sie einem Shop vertrauen können oder ihn genauer prüfen beziehungsweise besser nicht nutzen sollten.

Der Fakeshop-Finder ist ein Projekt der Verbraucherzentralen Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt.

# Neujahrs-Angebot\*

## 6,16 kWp Photovoltaik-Anlage

### Notstromfähig, inkl. 9,6 kWh Speicher

- 14 Module Jinko 440 Wp mono als Modulblock angeordnet
- Batteriespeicher Sungrow 9,6 kWh (modular erweiterbar), Abmessungen (B x H x T) 625,x 545 x 330 mm, Gewicht 114 kg
- Notstromfähiger Sungrow Hybridwechselrichter SH6.ORT
- Anlagenmonitoring über iSolarCloud-Portal oder iSolarCloud-App (beides kostenlos)
- DC-Komplettmontage inkl. Wechselrichter, DC-Überspannungsschutz und Einspeiseantrag
- Zzgl. Gerüst und Zähleranschluss (AC-seitig). Hierfür erhalten Sie in Abhängigkeit von Ihrem Zählerschrank, nach kostenloser Besichtigung unsererseits, einen Festpreis.

Die Anlage deckt den typischen Stromverbrauch eines 2- bis 4-Personen-Haushalts.

# 13.999 Euro netto\*\*

Finanzierung möglich: Unser Partner Dr. Klein berät Sie gerne.



Die Partner für Ihre Finanzen.

#### Infos unter:

05072 25898-10  
[info@ibg-corp.de](mailto:info@ibg-corp.de)

\* Angebot gültig bis 29.02.2024  
\*\* Null Prozent Umsatzsteuer für Photovoltaik-Anlagen seit 1.1.2023

**IBG Solar GmbH**  
St.-Osdag-Straße 17  
31535 Neustadt am Rübenberge  
[www.ibg-corp.de](http://www.ibg-corp.de)



IBG Solar GmbH

Einmalzahlung für Kommunen in der Region

Region will mit 25 Millionen Euro Investition in soziale Infrastruktur ermöglichen

**REGION.** Insbesondere die Folgen der Fluchtmigration stellen Städte und Gemeinden vor immense finanzielle und soziale Herausforderungen. Um soziale Härten abzufedern und zu verhindern, dass die soziale Infrastruktur leidet, unterstützt die Region Hannover ihre 21 Städte und Gemeinden noch im Jahr 2023 mit einer Einmalzahlung in Höhe von insgesamt 25 Millionen Euro.

Das hat die Regionsversammlung kürzlich beschlossen. Dabei gehen etwa 579.000 Euro an Burgdorf, 491.000 Euro an Burgwedel, 341.000 Euro an Isernhagen, 1.238.000 Euro an Langenhagen, 725.000 Euro an Lehrte, 549.000 Euro an Sehnde, 343.000 Euro an Uetze und 937.000 Euro an die Wedemark (jeweils gerundet auf 1000 Euro).

Das Geld soll die Kommunen finanziell unterstützen und ihnen

so Spielraum verschaffen, weiterhin in die soziale Infrastruktur vor Ort zu investieren. Die jeweilige Höhe der Ausschüttung berechnet sich aus der Anzahl aufgenommener geflüchteter Personen und der Verschuldung der einzelnen Kommunen.

„Die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine belasten die Kassen der Städte und Gemeinden zusätzlich.“ So leben in der Region Hannover derzeit 13.600 Schutzsuchende aus der Ukraine, zudem haben die 21 Städte und Gemeinden in diesem Jahr mehr als 3.000 Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern aufgenommen. Unterbringung und Integration verursachen Kosten, die nicht vollständig von Bund und Land übernommen werden. „Die Einmalzahlung der Region soll helfen, dass die Fürsorge für vor Krieg Geflüchteten nicht zu Lasten der sozialen Infra-

struktur geht. Wir wollen schnell und unbürokratisch unterstützen, anstatt auf Lösungen von Bund und Ländern zu warten“, so Krach.

Das sei auch möglich, weil das Defizit der Region für 2023 durch mehrere Sondereffekte deutlich geringer ausfalle als die ursprünglich eingeplanten 144 Millionen Euro. Am dadurch gewonnenen finanziellen Handlungsspielraum wolle die Region Hannover die Kommunen beteiligen.

Die Verteilung der Mittel auf die 21 Städte und Gemeinden ergibt sich zu 80 Prozent anhand von zwei Parametern, die die bisherige und zukünftige Aufnahme von Geflüchteten abbilden. Die übrigen zwanzig Prozent bemessen sich zu gleichen Teilen anhand der Pro-Kopf-Verschuldung sowie des Schuldenstandes der Kommunen zum Jahresende 2022.